

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

83 Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik

Abteilung/Sachgebiet

Jugendberufsagentur

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

| | | |
|--|---|------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung | Stellen-Soll | 0,82 |
| <input type="checkbox"/> Streichung | anerkannter Bedarf - Soll | |
| <input type="checkbox"/> Umwandlung | kw-Vermerk/e | |
| <input type="checkbox"/> Höherbewertung | ku-Vermerk/e | |
| <input type="checkbox"/> Abwertung | (ku nach BesG/EG |) |
| <input type="checkbox"/> Ausweisung | | |
| <input type="checkbox"/> Übertragung | | |
| <input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur | | |
| Bewertung <u>neu</u> | 9c | |
| Funktionsbezeichnung <u>neu</u> agentur | Beauftragte/r für Social Media in der Jugendberufs- | |
| Befristung bis | 30.06.2026 | |

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen (SWAE)
Finanzierungsanteil: 100 %
verbleibender kommunaler Anteil: 0 %
Einnahme-Haushaltsstelle: 6405/385-11

Begründung:

siehe Anlage

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Melf Grantz

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

| Magistrat 11 | befürwortet | abgelehnt | Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich | zurückgestellt (s. Protokoll) |
|--|--------------------------|--------------------------|---|----------------------------------|
| Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | <input type="checkbox"/> |

Begründung:

Die Jugendberufsagentur Bremen & Bremerhaven (JBA) präsentiert sich seit 2021 auch über einen gemeinsamen Instagram-Kanal. Unter @jba_zukunftklarmachen sollen die ganzheitlichen Beratungsstrukturen noch besser an die Zielgruppe herangetragen werden.

Der Content (Inhalt) berücksichtigt alle Standorte aus Bremen und Bremerhaven. Der neue Social-Media-Kanal ist angelehnt an die Marketingstrategie der JBA Website (www.jugendberufsagentur-bremen.de) und arbeitet mit diversen Hashtags, die auf wiederkehrende Kategorien verweisen: Unter #läuftbeidir wird über Erfolgsgeschichten von JBA-Teilnehmenden berichtet. Weitere Hashtags sind #dagehtwas, der für Veranstaltungen und Events genutzt wird und #ganznahdran, worüber Einblicke in den Arbeitsalltag der JBA und in Themen der Jugendhilfe und der Aufsuchenden Beratung gewährt werden.

So sollen insbesondere diejenigen erreicht werden, deren Perspektivlosigkeit durch die Pandemie verstärkt wurde. Noch mehr junge Menschen sollen aufgefordert werden, sich bei der JBA zu melden, um somit von den Angeboten profitieren zu können.

Die Mittel für die Umsetzung der Social-Media-Strategie stammen aus dem Bremen-Fonds. Hierfür wurde eine volle Stelle in Bremen eingerichtet. Für die Umsetzung der Strategie speziell in Bremerhaven wurde zunächst eine Honorarkraft beschäftigt. Um jedoch regelmäßig gut aufbereitete Inhalte liefern zu können und alle Partner:innen der JBA dauerhaft mit ihren Angeboten zu präsentieren, ist die Einrichtung einer Stelle notwendig. Insbesondere muss darauf hingearbeitet werden dass alle Möglichkeiten der Ansprache junger Menschen im Bereich Social Media ausgeschöpft werden, um die Zielgruppe noch mehr an die Angebote der JBA heranzuführen.

Durch die Schaffung einer weiteren, vollständig durch Landesmittel geförderten 0,82 Personalstelle (32 Std./Woche) für ein:e Beauftragte:r für Social Media in der Jugendberufsagentur Bremerhaven kann dem zusätzlichen Bedarf an Ansprache junger Menschen adäquat begegnet werden.

Die vollständige Finanzierung (Personal- und Sachkosten) ist seitens des Landes bereits bis zum 30.06.2026 zugesichert.